



Rosenstadt | ZWEIBRÜCKEN

04.03.2026

Niederschrift

über die 18. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 25.02.2026, 17:00 Uhr, im Ratssaal,
Eingang Schillerstraße

Anwesend:

Vorsitz

Oberbürgermeister Dr. Marold Wosnitza

Stadtvorstand

Beigeordnete Christina Rauch

Ratsmitglieder

Moritz Bächle

Herbert Beckmann

Pascal Dahler

Rebecca Dahler

Marcel de Gruisbourne

Falk Dettweiler

Kurt Dettweiler

Thomas Eckerlein

Rolf Franzen

Klaus Fuhrmann

Dr. Christoph Gensch

Heinrich Grim

Christian Hofer

Aaron Halaus

Jonas Keuchel

Thomas Körner

Patrick Lang

Elisabeth Metzger

Simon Nikolaus

Anne Oberle

Dr. Norbert Pohlmann

Walter Rimbrecht

Achim Ruf

Gertrud Schiller

Frank Schmid

Aaron Schmidt

anwesend ab 17:02 Uhr, TOP I/2

18. Sitzung des Stadtrates am 25.02.2026

Dr. Ulrich Schüler
Pervin Taze
Jannik Telöken
Erika Watson
Julian Wilhelm

anwesend ab 17:04 Uhr, TOP I/3

Protokollführung

Alessa Buchmann
Anna Weber

von der Verwaltung

Anna-Lena Bär
Werner Brennemann
Benedikt Burkey
Benedikt Eckert
Peter Ernst
Nicole Hartfelder
Thilo Huble
Ina Knobloch
Johannes Kuhn
Christian Michels
Holger Seib
Frank Theisinger
Monika Urbatsch
Nadine Walter

Abwesend:

Stadtvorstand

Bürgermeister Christian
Gauf

Ratsmitglieder

Theresa Baumann
Verena Ecker
Thorsten Gries
Dr. Julia Igel
Cornelia Keuchel
Stéphane Moulin
Klaus Peter Schmidt
Sara-Kim Schneider

18. Sitzung des Stadtrates am 25.02.2026

Tagesordnung

- 1 Erteilung von Weisungen - Stadtwerke Zweibrücken GmbH -
Vorlage: 20/3755/2026
- 2 Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen
über 50.000 Euro
Vorlage: 20/3758/2026
- 3 Erweiterung Canadaschule; Vergabe: Erwerb von acht Modulklassenräumen
Vorlage: 60/3763/2026
- 4 Feuerwache ZW, Umbau und Erweiterung, Auftragserweiterung der
Innenputzarbeiten
Vorlage: 60/3761/2026
- 5 Feuerwache ZW, Umbau und Erweiterung, Auftragserweiterung der Trockenbau-
und Deckenarbeiten
Vorlage: 60/3762/2026
- 6 Antrag auf Gewährung einer Zuwendung gemäß den Fördergrundsätzen zur
„Pilotförderung Interkommunale Zusammenarbeit“ des Ministeriums des Innern und
für Sport des Landes Rheinland-Pfalz; Entwicklung eines Tourismus Service
Centers (TSC)
Vorlage: 41/3759/2026
- 7 IKZ-Sonderförderung – „Gemeinsam sicher feiern in Rheinland-Pfalz“
Verbandsgemeinden Zweibrücken-Land, Pirmasens-Land, Thaleischweiler-
Wallhalben, Rodalben, Dahner Felsenland und die kreisfreie Stadt Zweibrücken
Vorlage: 10/3750/2026
- 8 Vollzug der Gemeindeordnung, Unterrichtung des Stadtrates gem. § 33 Abs. 2
GemO
Vorlage: 10/3745/2026
- 9 Besetzung von Ausschüssen und Gremien
Vorlage: 10/3747/2026
- 10 Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO, Annahme von Spenden
Vorlage: 10/3751/2026
- 11 Sichtbares Zeichen der Solidarität mit den Soldatinnen und Soldaten der
Bundeswehr – Anbringen der Gelben Schleife; Antrag der CDU-Fraktion
Vorlage: 10/3764/2026
- 12 Anfragen von Ratsmitgliedern
- 13 Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

18. Sitzung des Stadtrates am 25.02.2026

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.
Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

Punkt 1:
(öffentlich)

Erteilung von Weisungen - Stadtwerke Zweibrücken GmbH -
Vorlage: 20/3755/2026

Der Vorsitzende übergibt den Vorsitz für diesen Tagesordnungspunkt an die Beigeordnete.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgende

Beschlüsse:

**Zu 1. Gründung und Beteiligung an der Ladestationen Südwest GmbH & Co.KG und
Gründung der Ladestationen Südwest Verwaltung GmbH
gem. § 12, Abs. 2, Buchst. m, § 17 Buchst. l Gesellschaftsvertrag
hier: nachträgliche Genehmigung Stammeinlage**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der nachträglichen Genehmigung der geleisteten Stammeinlage an der Ladestationen Südwest Verwaltungs-GmbH in Höhe von 3.125,00 Euro zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	29
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 29 Mitglieder teil.

**Zu 2. Einlage in die Ladestationen Südwest GmbH & Co. KG
gem. § 12, Abs. 2, Buchst. m, § 17 Buchst. l Gesellschaftsvertrag**

2.1 Hilgardcenter Zweibrücken:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Auszahlung einer Einlage in Höhe von 280.827,00 € an die Ladestationen Südwest GmbH & Co. KG zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	29
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 29 Mitglieder teil.

18. Sitzung des Stadtrates am 25.02.2026

2.2 Nardiniklinikum Landstuhl

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Auszahlung einer Einlage in Höhe von 6.070,00 € an die Ladestationen Südwest GmbH & Co. KG zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	29
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 29 Mitglieder teil.

Verteiler:

20

81

18. Sitzung des Stadtrates am 25.02.2026

Punkt 2: **(öffentlich)**

**Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen
Aufwendungen/Auszahlungen über 50.000 Euro
Vorlage: 20/3758/2026**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Nach kurzer Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Den Anträgen der Ämter gemäß Anlage wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	30
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 30 Mitglieder teil.

Verteiler:
20

18. Sitzung des Stadtrates am 25.02.2026

Punkt 3: **(öffentlich)**

Erweiterung Canadaschule; Vergabe: Erwerb von acht Modulklassenräumen Vorlage: 60/3763/2026

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Die Beigeordnete erläutert, dass die Canadaschule eine Förderschule sei, der seit Mai 2025 ein weiterer Zweig angegliedert wurde. Sie führt aus, dass die Bedarfsschätzung der ADD seit Mai 2025 vorliege und der steigende Raumbedarf seit 2016 kontinuierlich festgestellt worden sei. Um den Unterricht angemessen durchführen zu können, seien acht Modulklassenräume erforderlich, wodurch insgesamt zehn Klassenräume an der Canadaschule entstehen würden. Sie erinnert daran, dass im Bau- und Umweltausschuss am 2. Dezember 2025 bereits über den Sachverhalt berichtet worden sei. Damals habe die Kostenschätzung pro Modulklassenraum bei 120.000 Euro gelegen. Der wirtschaftlichste Bieter habe nun ein Angebot über circa 802.000 Euro für acht Modulklassenräume vorgelegt, was 14,6 % unter der ursprünglichen Kostenschätzung liege. Sie betont, dass die Verwaltung seit Beginn des Projekts die Anregung aus dem Rat, die Modulklassenräume zu kaufen, geprüft habe. Aufgrund der unklaren Raumbedarfsentwicklung sei dies jedoch zunächst nicht abschließend möglich gewesen. Nun sei die wirtschaftlichere Lösung ermittelt worden, weshalb die Verwaltung den Erwerb der Modulklassenräume vorschläge.

Ratsmitglied Lang (Grüne) äußert, dass sich die Schülerzahlen der Canadaschule seit mehreren Jahren positiv entwickeln würden. Er weist darauf hin, dass bisher Container angemietet worden seien, was Kosten in Höhe von mehreren Hunderttausend Euro verursacht habe. Er begrüßt, dass nun ein Kauf der Container geplant sei, da diese bei Bedarf wieder verkauft werden könnten. Aufgrund der hohen Nachfrage nach Containern sei ein späterer Verkauf zu einem guten Preis wahrscheinlich, wodurch die Belastung des Stadthaushalts minimiert werde.

Ratsmitglied Bächle (AfD) erkundigt sich, um welche Art von Modulen es sich handele. Er fragt, ob der Anbieter auf Schulmodule spezialisiert sei oder ob es sich um klassische Büromodule handele, die umgebaut würden. Er hebt hervor, dass Akustikanforderungen und Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigt werden müssten, da minderwertige Module nach fünf Jahren Schäden wie Schimmelbildung aufweisen könnten. Er verweist darauf, dass es Anbieter gebe, die speziell Schulungsmodule anbieten.

Die Beigeordnete erklärt, dass es sich um einen Anbieter handele, der auf Modulklassenräume für Schulräumlichkeiten spezialisiert sei.

Herr Eckert (Bauamt) ergänzt, dass es sich um Sondermodulklassenräume mit einer speziellen Raumhöhe handele, die für Schulzwecke erforderlich sei. Diese Module seien daher besonders geeignet.

Im Anschluss fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

18. Sitzung des Stadtrates am 25.02.2026

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt zu, den Auftrag zum Erwerb einschließlich Gestellung von acht Modulklassenräumen für die Canadaschule an die **Firma KIP Fertigbau-Bauträger GmbH**, Gausepatt 67, 48249 Dülmen, zum Angebotspreis von **802.086,18 € (brutto)** zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	31
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen Mitglieder teil.

Verteiler:

60

30

40

18. Sitzung des Stadtrates am 25.02.2026

Punkt 4: **(öffentlich)**

Feuerwache ZW, Umbau und Erweiterung, Auftragserweiterung der Innenputzarbeiten **Vorlage: 60/3761/2026**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Dettweiler (FWG) äußert sich zu den Punkten 4 und 5 gemeinsam, da sie das gleiche Thema betreffen. Er möchte wissen, ob ein Vertreter des Planungsbüros anwesend sei und wie der Vorsitzende als Baudezernent die Vorlagen unterzeichne könne, insbesondere angesichts der wiederholten Auftragserhöhungen.

Er kritisiert das Projekt „Feuerwache Zweibrücken“ als Prestigeobjekt, das durch wiederholte Auftragserhöhungen auffalle. Er fragt, wann das Projekt endgültig abgeschlossen werde, und führt als Beispiel die Innenputzarbeiten an. Diese seien ursprünglich am 9. April 2025 für 50.900 Euro brutto vergeben worden. Im weiteren Verlauf des Bau- und Planungsprozesses seien jedoch zusätzliche Leistungen erforderlich geworden, was zu einer Auftragserhöhung um 26.944 Euro brutto geführt habe, was einer Steigerung von 53 % entspreche. Der neue Gesamtpreis belaufe sich somit auf 77.844 Euro brutto. Er kritisiert, dass die Planung zum Zeitpunkt der ersten Vergabe offenbar noch nicht abgeschlossen gewesen sei.

Weiterhin erläutert er, dass die Mehrkosten unter anderem dadurch entstanden seien, dass der Estrich vor den Verputzarbeiten eingebracht worden sei, was zu zusätzlichen Arbeiten wie Abdeckmaßnahmen geführt habe. Er hinterfragt, ob dies angesichts der Haushaltslage der Stadt vertretbar sei, da üblicherweise der Estrich erst nach den Verputzarbeiten eingebracht werde. Auch hier sei die Planung zum Zeitpunkt der Ausschreibung offenbar nicht vollständig gewesen.

Zusätzlich weist er auf Mängel im Keller hin, insbesondere an den Brandschutztüren, die irreversible und reversible Schäden aufwiesen. Er fragt, warum solche Mängel nicht im Vorfeld erkannt worden seien und warum ein Fachbüro beauftragt werde, wenn solche Probleme dennoch auftreten.

Der Vorsitzende erklärt, dass kein Vertreter des Planungsbüros anwesend sei und da die Kosten weiterhin unter den ursprünglichen Schätzungen lägen, habe er keine Bedenken, die Vorlagen zu unterzeichnen.

Im Anschluss fasst der Stadtrat folgenden

Beschluss:

Der Auftrag der **Fa. A&V Bau Alban Bajraj, Industriestraße 42 aus 66914 Waldmohr** wird von 50.917,72 € (brutto) um **26.944,37 € (brutto)** auf **77.862,09 € (brutto)** erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	23
Nein:	1
Enthaltung:	7

An der Abstimmung nahmen 31 Mitglieder teil.

Verteiler:

60

Punkt 5:
(öffentlich)

**Feuerwache ZW, Umbau und Erweiterung, Auftragserweiterung
der Trockenbau- und Deckenarbeiten**
Vorlage: 60/3762/2026

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Dettweiler (FWG) berichtet, dass die erste Vergabe für die Trocken- und Deckenarbeiten am 1. Dezember 2024 mit einem Betrag von 116.619 Euro erfolgte. Er hebt hervor, dass man damals stolz darauf gewesen sei, 69,49 % unter den vom zuständigen Büro ermittelten Kosten gelegen zu haben. Im weiteren Verlauf sei jedoch eine erste Erweiterung im Dezember 2025 auf 165.000 Euro erfolgt. Aktuell, im Zuge des weiteren Planungsprozesses, kämen zusätzliche Leistungen in Höhe von 17.500 Euro brutto hinzu, wodurch sich der neue Gesamtpreis auf 183.000 Euro belaufe. Ursprünglich sei man von 160.000 Euro ausgegangen. Er kritisiert, dass bei der Ausschreibung keine Brandschutzbegutachtung berücksichtigt worden sei, wie beispielsweise die Verkofferung der Stahlbauteile. Er äußert Unverständnis darüber, dass ein Fachbüro solche Aspekte vergessen könne, und bezeichnet dies als „unglaublich“.

Im Anschluss fasst der Stadtrat folgenden

Beschluss:

Der Auftrag der **Fa. A&V Bau Alban Bajraj, Industriestraße 42 aus 66914 Waldmohr** wird von **165.546,61 € (brutto)** um **17.553,43 € (brutto)** auf **183.100,04 € (brutto)** erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	22
Nein:	1
Enthaltung:	8

An der Abstimmung nahmen 31 Mitglieder teil.

Verteiler:
60

Punkt 6:
(öffentlich)

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung gemäß den Fördergrundsätzen zur „Pilotförderung Interkommunale Zusammenarbeit“ des Ministeriums des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz; Entwicklung eines Tourismus Service Centers (TSC)
Vorlage: 41/3759/2026

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Die Beigeordnete erläutert, dass das Ziel des Projekts darin bestehe, Doppelstrukturen abzubauen, Ressourcen zu bündeln und die touristische Arbeit effizienter sowie professioneller zu gestalten. Sie führt aus, dass ein Beschlussvorschlag vorliege, das Tourismus Service Center (TSC) Projekt als ein Interkommunales Kooperationsprojekt (IKZ) beim Ministerium einzureichen, um eine Förderung zu erhalten. Diese Förderung solle die Konzepterarbeitung und Umsetzungsplanung für die Schaffung einer gemeinsamen Tourismusregion ermöglichen, wie es bereits im vergangenen Jahr besprochen worden sei. Sie erinnert daran, dass der Stadtrat der Stadt Zweibrücken im letzten Sommer grundsätzlich dem Tourismus Service Center zugestimmt habe, jedoch die Konzeptbearbeitung noch ausstehe, um eine konkrete Grundlage für weitere Entscheidungen zu schaffen.

Ratsmitglied Franzen (CDU) stimmt zu, dass eine Zusammenarbeit mit dem saarländischen Bereich sinnvoll sei, weist jedoch darauf hin, dass die Förderkulisse eine Rolle spiele und die Beschaffung von Fördergeldern über Landesgrenzen hinweg nicht immer einfach sei. Dies müsse bei der Planung berücksichtigt werden.

Ratsmitglied Dr. Pohlmann (Grüne) fragt, ob die Zusammenarbeit mit der Tourismusorganisation im benachbarten Saarland oder im Bliesgau durch das Projekt behindert werde, da diese Regionen ebenfalls von einer Kooperation profitieren könnten.

Die Beigeordnete erklärt, dass das Projekt sowohl die Zusammenarbeit mit den pfälzischen Nachbarn als auch mit den saarländischen Partnern ergänze und die bestehenden Projekte weiterhin verfolgt würden.

Der Vorsitzende ergänzt, dass es sich bei dem IKZ-Projekt derzeit lediglich um die Zusammenstellung der notwendigen Zahlen handle, um eine fundierte Entscheidung im Dezember treffen zu können. Ein Beschluss zur Teilnahme liege noch nicht vor.

Ratsmitglied Franzen (CDU) äußert, dass seine Fraktion das Projekt für sinnvoll halte und diesem zustimmen werde. Er regt jedoch an, den Begriff „TSC Projekt“ nicht zu verwenden, da dieser in der Öffentlichkeit stark mit einem Sportverein in Zweibrücken assoziiert werde. Stattdessen solle der Begriff „Tourismus Service Center“ genutzt werden.

Die Beigeordnete entgegnet, dass in der Vorlage der Begriff „Tourismus Service Center (TSC)“ bereits ausformuliert sei.

Im Anschluss fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

18. Sitzung des Stadtrates am 25.02.2026

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt für das IKZ Projekt „Tourismus Service Center Pfälzerwald“ einen Antrag auf Gewährung einer Zuwendung gemäß den Fördergrundsätzen zur IKZ-Förderung in Rheinland-Pfalz zu stellen. Die Antragstellung soll durch den Landkreis Südwestpfalz erfolgen. Die Kosten für die Vorbereitung des IKZ – Prozesses (u. a. Beratungsleistungen der BTE) sowie einen etwaigen, die Fördersumme übersteigenden Eigenanteil, trägt der Pfälzerwald Tourismus e.V.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	31
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 31 Mitglieder teil.

Verteiler:

41

Bär

Punkt 7:
(öffentlich)

IKZ-Sonderförderung – „Gemeinsam sicher feiern in Rheinland-Pfalz“
Verbandsgemeinden Zweibrücken-Land, Pirmasens-Land,
Thaleischweiler-Wallhalben, Rodalben, Dahrer Felsenland und die
kreisfreie Stadt Zweibrücken
Vorlage: 10/3750/2026

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Der Vorsitzende erläutert, dass das Land Rheinland-Pfalz ein interkommunales Kooperationsprojekt (IKZ) mit dem Titel „Sonderförderung Gemeinsam Sicher Feiern“ ins Leben gerufen habe. Ziel des Projekts sei es, die Veranstaltungssicherheit, insbesondere durch den Erwerb von Überfahrsperrern, zu verbessern. Für dieses Vorhaben stünden Fördermittel in Höhe von 140.000 Euro zur Verfügung, die zu 100 % gefördert würden.

Er führt aus, dass sich mehrere Verbandsgemeinden zusammengeschlossen hätten, um die Fördervoraussetzungen zu erfüllen. Dabei sei im Vorfeld geprüft worden, dass es keine Überschneidungen bei den Veranstaltungen der beteiligten Kommunen gebe, um eine effiziente Nutzung der Sperren zu gewährleisten. Die Sperren sollen nach dem Erwerb in Zweibrücken gelagert werden, wobei jede Kommune für den Transport und Aufbau eigenverantwortlich sei. Zudem werde ein System gewählt, das mit den in den letzten Jahren gemieteten Sperren kompatibel sei, um eine flexible Erweiterung bei Bedarf zu ermöglichen.

Ratsmitglied Franzen (CDU) merkt an, dass im Vergleich zu einem vorherigen Projekt, bei dem die Verbandsgemeinde Dahrer Felsenland nicht beteiligt sei, diese sich bei der Sonderförderung „Gemeinsam Sicher Feiern“ anschließe. Er gehe davon aus, dass dies jedoch nicht als „Rosinenpickerei“ zu bewerten sei.

Der Vorsitzende bestätigt, dass die Projekte bewusst in unterschiedlichen Konstellationen angelegt seien und dass es bei diesem speziellen Projekt möglich sei, mehrfach mit denselben Partnern zusammenzuarbeiten, da die Förderung aus einem eigenständigen IKZ-Fördertopf stamme.

Im Anschluss fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Beantragung der IKZ-Sonderförderung und der Durchführung einer Interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Veranstaltungssicherheit zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	31
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 31 Mitglieder teil.

Verteiler:

10 Bär

41

18. Sitzung des Stadtrates am 25.02.2026

Punkt 8:
(öffentlich)

**Vollzug der Gemeindeordnung, Unterrichtung des Stadtrates gem.
§ 33 Abs. 2 GemO
Vorlage: 10/3745/2026**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache nimmt der Stadtrat diese Angelegenheit zur Kenntnis.

Verteiler:
10 Schatz

18. Sitzung des Stadtrates am 25.02.2026

Punkt 9: **(öffentlich)**

Besetzung von Ausschüssen und Gremien **Vorlage: 10/3747/2026**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat folgende

Beschlüsse:

1. Herr Frey Erik Philipp Poschkamp wird als beratendes Mitglied und Frau Maja Marx als dessen Stellvertretung in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	31
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 31 Mitglieder teil.

2. Herr Ralf Tiedtke wird als Stellvertreter für Herrn Moritz Bächle in den Verwaltungsrat der Sparkasse Südwestpfalz gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	26
Nein:	3
Enthaltung:	2

An der Abstimmung nahmen 31 Mitglieder teil.

Verteiler:

10.2.1

10.2.1.2

51

Sparkasse

Akte JHA

Akte Sparkasse

18. Sitzung des Stadtrates am 25.02.2026

Punkt 10: **(öffentlich)**

Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO, Annahme von Spenden
Vorlage: 10/3751/2026

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Annahme der folgenden Spenden und Sponsorenmittel wird zugestimmt:

1. Die GeWoBau GmbH Zweibrücken, Hauptstraße 8, 66482 Zweibrücken, spendet der Wirtschaftsförderung einen Geldbetrag in Höhe von 1.200,00 € für die musikalischen Beiträge an den Marktfrühstücken.
2. Die GeWoBau GmbH Zweibrücken, Hauptstraße 8, 66482 Zweibrücken, spendet dem Kultur- und Verkehrsamt einen Geldbetrag in Höhe von 2.000,00 € zur Durchführung des Straßentheaterspektakels 2026.
3. Die Stadtwerke Zweibrücken GmbH, Gasstraße 1, 66482 Zweibrücken, spendet dem Stadtmuseum einen Geldbetrag in Höhe von 5.000,00 € für die Jubiläumsausstellung „Museum im Wandel – 100 Jahre Stadtmuseum Zweibrücken“.
4. Der Umwelt- und Servicebetrieb Zweibrücken, Oselbachstraße 60, 66482 Zweibrücken, spendet dem Stadtmuseum einen Geldbetrag in Höhe von 5.000,00 € für die Jubiläumsausstellung „Museum im Wandel – 100 Jahre Stadtmuseum Zweibrücken“.
5. Die GeWoBau GmbH Zweibrücken, Hauptstraße 8, 66482 Zweibrücken, spendet dem Stadtmuseum einen Geldbetrag in Höhe von 5.000,00 € für die Jubiläumsausstellung „Museum im Wandel – 100 Jahre Stadtmuseum Zweibrücken“.
6. Der Förderverein Kindertagesstätte e. V. der Kita „Bei den Fuchslöchern“ spendet dem Jugendamt für die Kindertagesstätte „Bei den Fuchslöchern“ Sachspenden im Wert von insgesamt 525,45 €. Hierzu zählen Martinsbrezeln, Kettcar, Geosmart Wheel Set, Geosmart Space Truck, Geosmart Lunar Rover, Tannenbaum (siehe Anlage).
7. Festlicht – Sandra Matheis UG spendet dem Jugendamt für die Spiel- und Lernstuben Eintrittskarten für die Kinderfaschingsparty 2026 im Wert von 160,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	31
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 31 Mitglieder teil.

Verteiler:

10.2.1

20

Wifö

41

41 Museum

51

Punkt 11:
(öffentlich)

Sichtbares Zeichen der Solidarität mit den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr – Anbringen der Gelben Schleife;
Antrag der CDU-Fraktion
Vorlage: 10/3764/2026

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Dahler (CDU) erläutert, dass die gelbe Schleife ein Symbol der Solidarität und Verbundenheit zwischen der Zivilbevölkerung und den Soldatinnen und Soldaten darstelle. Er hebt hervor, dass diese Verbundenheit aktiv gelebt werden müsse und verweist auf die Kooperation zwischen der Bundeswehr, der Stadt und der GeWoBau, die Wohnmöglichkeiten für Soldatinnen und Soldaten geschaffen habe. Er betont, dass die gelbe Schleife auch ein Zeichen der Wertschätzung und Dankbarkeit gegenüber denjenigen sei, die ihren Dienst für die Verteidigung der Freiheit leisten. Er spricht sich dafür aus, das Signal der Verbundenheit trotz negativer Schlagzeilen über den Standort Zweibrücken zu setzen, da ein Verzicht auf dieses Zeichen ein fatales Signal an die Mehrheit der ehrbaren Soldatinnen und Soldaten senden würde.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und der Bundeswehr in den letzten Jahren deutlich enger geworden sei. Er verweist auf die Bedeutung der Bundeswehr bei städtischen Veranstaltungen wie Sommerempfangen und öffentlichen Gelöbnissen. Zudem informiert er, dass die Kosten für eine gelbe Schleife je nach Qualität bis zu 150 Euro betragen könnten.

Ratsmitglied Dr. Pohlmann (Grüne) äußert, dass die Bundeswehr, insbesondere das Fallschirmjägerregiment 26, einen wichtigen Dienst für die Stadt Zweibrücken leiste. Er gibt jedoch zu bedenken, dass angesichts der aktuellen Vorfälle in der Niederauerbach-Kaserne eine undifferenzierte und absolute Solidaritätsbekundung kritisch zu hinterfragen sei. Er verweist auf laufende Ermittlungsverfahren und Entlassungen aufgrund von Fehlverhalten, darunter Fälle von Rechtsextremismus, Drogenkonsum und sexuellem Fehlverhalten. Er betont, dass die Mehrheit der Soldatinnen und Soldaten korrekt und vorbildlich handle, seine Fraktion lehne jedoch den Antrag ab, da er eine differenzierte Betrachtung vermisste.

Ratsmitglied Hofer (AfD) kritisiert, dass die CDU-Fraktion erst jetzt, kurz vor dem Wahlkampf, den Antrag stelle, obwohl die gelbe Schleife bereits seit 2003 existiere. Er bezeichnet dies als Wahlkampftechnik und nicht als echte Solidarität.

Ratsmitglied Dettweiler (FWG) erklärt, dass die FWG-Fraktion die Wertschätzung gegenüber Soldatinnen und Soldaten als selbstverständlich erachte. Er gibt jedoch zu bedenken, dass eine symbolische Positionierung im öffentlichen Raum nicht das richtige kommunale Instrument sei. Er verweist auf die Vielzahl anderer Berufsgruppen, die ebenfalls einen besonderen Dienst für die Gesellschaft leisten, und kündigt an, dass sich die Fraktion enthalten werde.

Ratsmitglied Franzen (CDU) betont, dass die überwiegende Mehrheit der Soldatinnen und Soldaten nicht in die negativen Vorfälle verwickelt sei. Er spricht sich für den Antrag aus, da er die große Gruppe der Soldatinnen und Soldaten würdige.

Ratsmitglied Rimbrecht (SPD) erklärt, dass die SPD-Fraktion mehrheitlich dem Antrag zustimmen werde, obwohl der Zeitpunkt ungünstig sei. Er verweist auf die langjährige

18. Sitzung des Stadtrates am 25.02.2026

Würdigung der Bundeswehr durch die Stadt, etwa durch die Einbindung in städtische Veranstaltungen und die Verbesserung der Wohnsituation. Er selbst werde sich jedoch enthalten.

Ratsmitglied Schmidt (parteilos) äußert, dass er die Idee der gelben Schleife zwar nett finde, sie jedoch als merkwürdig empfinde. Er verweist auf alternative und vor allem kostengünstigere Möglichkeiten der Wertschätzung, wie das Klatschen während der Corona-Pandemie, und kündigt an, den Antrag abzulehnen.

Ratsmitglied Dr. Gensch (CDU) appelliert an die Fraktion Grüne, dem Antrag zuzustimmen. Er betont, dass der Standort Zweibrücken und das Fallschirmjägerregiment 26 aus mehr als den negativen Vorfällen bestehe. Er hebt die Leistungen der Soldatinnen und Soldaten in internationalen Missionen hervor und sieht in der gelben Schleife ein wichtiges Signal der Unterstützung.

Ratsmitglied Keuchel (AfD) erklärt, dass die AfD-Fraktion den Antrag mehrheitlich unterstützen werde, da es sich um einen symbolischen Akt handele, der positiv bewertet werde.

Im Anschluss fasst der Stadtrat folgenden

Beschluss:

Die Stadt Zweibrücken bekennt sich ausdrücklich und mit Überzeugung zur Solidarität mit den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sowie deren Familien. Als sichtbares Zeichen dieser Solidarität bringt die Stadt Zweibrücken eine Gelbe Schleife am Rathaus und/oder an geeigneten Ortseingängen an.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung organisatorisch vorzubereiten und dabei eine Abstimmung mit den örtlichen Bundeswehrstandorten, insbesondere dem Fallschirmjägerregiment 26, vorzunehmen.

Die Maßnahme soll öffentlich begleitet werden, etwa durch eine Presseinformation oder einen symbolischen Termin unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der Bundeswehr.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	20
Nein:	4
Enthaltung:	8

An der Abstimmung nahmen 31 Mitglieder und der Vorsitzende teil.

Verteiler:

10.2.1

Akte Anträge

10 i.S. RS I zu Zuständigkeit

Punkt 12: **Anfragen von Ratsmitgliedern**
(öffentlich)

Es sind folgende Anfragen von Ratsmitgliedern eingegangen:

1. Anfrage von Ratsmitglied Watson

Aufstellen von Mülleimern für Hundekotbeutel

Ratsmitglied Watson (FDP) weist darauf hin, dass an verschiedenen neuralgischen Punkten im Stadtgebiet das saubere Stadtgefühl fehle. Sie nennt konkret die Lindenhofstraße, die Altheimer Straße und die Ernstweilertalstraße, wo Mülleimer mit Hundekotbeuteln fehlen oder nicht mehr befüllt seien und bittet die Verwaltung, entsprechende Mülleimer aufzustellen.

Antwort:

Der Vorsitzende erklärt, dass die Anregung geprüft werde und die Anfrage schriftlich beantwortet werde. Er betont jedoch, dass Hundebesitzer auch selbst Verantwortung übernehmen sollten, indem sie Beutel mitführen und die Hinterlassenschaften ihrer Hunde ordnungsgemäß entsorgen.

2. Anfrage von Ratsmitglied Watson

Einwohnerfragestunde

Ratsmitglied Watson (FDP) möchte wissen, warum der Tagesordnungspunkt „Bürgersprechstunde“ von der Tagesordnung genommen wurde. Dieser sei ursprünglich auf der Tagesordnung dieser Sitzung gewesen. Sie berichtet, dass eine Anfrage der Mennoniten-Gemeinde am 16. Februar 2026 gestellt worden sei und die Antragsteller auf einen Termin in der Stadtratssitzung im April verwiesen worden seien. Ratsmitglied Watson (FDP) fragt, ob aufgrund der Dringlichkeit eine frühere Bürgersprechstunde möglich sei.

Antwort:

Frau Buchmann (Hauptamt) stellt klar, dass die Einwohnerfragestunde gemäß Gemeindeordnung einmal im Quartal stattfinde und die nächste im April geplant sei. Es sei nichts von der Tagesordnung entfernt worden, da dies nie vorgesehen gewesen sei. Der Vorsitzende ergänzt, dass die FDP-Fraktion in solchen Fällen von ihrem Antragsrecht Gebrauch machen könne.

3. Anfrage von Ratsmitglied Watson

Parkplatz Autobahnbrücke Ixheim

Ratsmitglied Watson (FDP) thematisiert den seit November gesperrten Park-and-Ride-Parkplatz unter der Autobahnbrücke in Ixheim und fragt nach Lösungsmöglichkeiten, um den dringend benötigten Parkraum wiederherzustellen. Sie möchte wissen, ob Mittel aus der Stellplatzabläse oder Fördersummen hierfür verwendet werden können.

18. Sitzung des Stadtrates am 25.02.2026

Antwort:

Der Vorsitzende verweist darauf, dass das Thema bereits mehrfach behandelt wurde und eine schriftliche Antwort erfolgen werde.

4. Anfrage von Ratsmitglied Watson

Sachstand zu verschiedenen Baumaßnahmen

Ratsmitglied Watson (FDP) erkundigt sich zudem nach dem Sachstand zu folgenden Bauprojekten: ehem. Parkbrauereigelände, Weiße Kaserne, ehem. Kronprinz, ehem. evangelisches Krankenhaus und Ausbau des Glasfasernetzes.

Antwort:

Der Vorsitzende erklärt, dass diese Fragen schriftlich beantwortet werden.

5. Anfrage von Ratsmitglied Watson

Fördergelder Rheinland-Pfalz-Plan für Bildung, Klima und Infrastruktur

Ratsmitglied Watson (FDP) fragt nach der Verwendung der für Bildung, Klima und Infrastruktur vorgesehenen Fördergelder in Höhe von knapp 22 Millionen Euro für die Stadt Zweibrücken.

Antwort:

Der Vorsitzende erläutert, dass die Überlegungen der Verwaltung im nächsten Stadtrat vorgestellt würden und der Rat darüber entscheiden werde. Er korrigiert zudem, dass es sich um knapp 29 Millionen Euro handele.

6. Anfrage von Ratsmitglied Watson

Beantwortung Stadtratsanfrage

Ratsmitglied Watson (FDP) kritisiert, dass sie die Beantwortung ihrer Anfrage aus der letzten Ratssitzung erst heute erhalten habe.

Antwort:

Frau Buchmann (Hauptamt) erklärt, dass die Verwaltung den Postweg nicht beeinflussen könne und man das Schreiben unmittelbar nach der Beantwortung per Post versendet habe. Sie weist außerdem darauf hin, dass die Gesamtantwort der Anfragen aus der letzten Ratssitzung schon einige Tage online zur Verfügung stehe und sie diese hätte dort lesen können.

7. Anfrage von Ratsmitglied Franzen

Mediothek, Bibliotheca Bipontina und Karlskirche

Ratsmitglied Franzen (CDU) stellt Fragen zur geplanten Mediothek und zitiert Aussagen aus einem Presseartikel vom 27. November 2025. Er erkundigt sich nach der beauftragten Machbarkeitsstudie und möchte wissen, wann und wer diesen Auftrag erteilt habe. Er

18. Sitzung des Stadtrates am 25.02.2026

fragt den Kosten der Studie und seit welchem Zeitpunkt die Ergebnisse hierzu vorliegen. Außerdem interessiert ihn, ob die Studie den vorgesehenen Einbezug der Bibliotheca Bipontina beinhalte und wie die Personalkosten für die Bibliotheca Bipontina finanziert werden. Zuletzt möchte er wissen, ob die Umwidmung der Fördergelder des Cityoutlets für die Karlskirche sicher sei oder es lediglich ein Signal der ADD gewesen sei.

Antwort:

Der Vorsitzende erklärt, dass die Fragen aufgrund der Komplexität schriftlich beantwortet würden.

8. Anfrage von Ratsmitglied Taze

Integrationsmanager

Ratsmitglied Taze (SPD) erkundigt sich nach dem Stand der Ausschreibung für die Stelle eines Integrationsmanagers.

Antwort:

Der Vorsitzende gibt an, dass die Informationen schriftlich nachgereicht würden, da hierzu keine aktuellen Angaben vorlägen.

9. Anfrage von Ratsmitglied Nikolaus

Bodenbelag für Veranstaltungen

Ratsmitglied Nikolaus (SPD) thematisiert den Bodenbelag für die Turnhalle der Hilgard-Grundschule. Bei einer Vermietung bekäme man die Auflage, den Boden entsprechend auszulegen. Bei einer vergangenen Veranstaltung habe man hierzu den Bodenbelag der Turnhalle Rimschweiler genutzt, obwohl dieser andere Maße habe und der Transport aufwändig sei. Er verweist auf einen Artikel aus dem Jahr 2016 und einen Beschluss des Stadtvorstandes, der die Anschaffung eines Bodenbelags für die Hilgard-Schule vorsah, und fragt, ob dieser umgesetzt wurde. Falls der Beschluss nicht umgesetzt wurde, möchte er wissen warum und ob die Verwaltung bereit sei, einen entsprechenden Bodenbelag anzuschaffen.

Antwort:

Der Vorsitzende erklärt, dass die Angelegenheit geprüft werde und die Beantwortung schriftlich erfolge.

10. Anfrage von Ratsmitglied Dahler

Sicherheit am ZOB

Ratsmitglied Dahler (CDU) stellt Fragen zur Sicherheitssituation am Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB). Er erkundigt sich, ob die Stadt mit Verkehrsbetrieben, Anwohnern und Unternehmen rund um den ZOB bezüglich der Situation in Kontakt stehe, ob eine aktuelle Auflistung von Vorfällen (vergleichbar mit der Auflistung aus dem Jahr 2021 für die Videoüberwachung am HHG) vorliege und ob die Prüfung einer Videoüberwachung gemäß einem Antrag der CDU-Fraktion aus dem Jahr 2022 erneut

18. Sitzung des Stadtrates am 25.02.2026

angestoßen werden könne. Er erinnert daran, dass der Antrag nach der Stellungnahme des Landesdatenschutzbeauftragten verworfen worden sei.

Antwort:

Die Beigeordnete erklärt, dass die Situation intern geprüft werde und die Ergebnisse in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt würden. Sie gibt an, dass man aktuell Gespräche zur „gefühlten Sicherheit“ mit älteren Personen sowie Schülerinnen und Schülern führe, man deren Einschätzungen sehr ernst nehme und das Möglichste tun werde, um die Situation zu verbessern. Der Vorsitzende ergänzt, dass die Polizei keine wesentlichen Veränderungen in den Vorfallzahlen am ZOB festgestellt habe. Er verweist auf die rechtlichen Einschränkungen durch den Landesdatenschutzbeauftragten, welcher seine Ansicht aller Voraussicht nach nicht ändern werde, und betont, dass alternative Maßnahmen geprüft würden.

11. Anfrage von Ratsmitglied Dahler

Parkplatz Autobahnbrücke Ixheim

Ratsmitglied Dahler (CDU) bezieht sich auf die Anfrage von Ratsmitglied Watson zum Parkplatz unter der Autobahnbrücke in Ixheim und möchte wissen, ob der Stadt eine Stellungnahme eines unabhängigen Brandschutzgutachters vorliege, der eine tatsächliche Gefährdung durch einen Brand beurteilt oder ob die Stadtverwaltung dazu bereit sei, ein entsprechendes Gutachten zu beauftragen. Außerdem fragt er, ob bei einer erneuten Öffnung die Möglichkeit bestehe, eine kostengünstige Höhenbeschränkung zu errichten, um eine potenzielle Gefahr zu reduzieren. Es interessiert ihn, ob die Verwaltung in Kontakt mit Versicherungsunternehmen stehe, um die mögliche Schadenshöhe bei einem tatsächlichen Brand zu eruieren und ob die Verwaltung dazu bereit sei, in unmittelbarer Umgebung alternative Park-and-ride-Flächen zu prüfen und ggf. zu errichten.

Antwort:

Der Vorsitzende erklärt, dass die Autobahn GmbH für das Gelände zuständig sei und keine Öffnung beabsichtige. Er kündigt an, die Fragen zu Brandschutz und Versicherungen schriftlich zu beantworten. Er sei sich jedoch sicher, dass entsprechende Gutachten und Versicherer hier keine Entwarnung bzw. Sicherheit geben können. Hinsichtlich alternativer Flächen sei die Stadt bemüht, eine Lösung zu finden, jedoch sei derzeit keine geeignete Fläche in der Nähe verfügbar.

12. Anfrage von Ratsmitglied Telöken

Parkplatz Autobahnbrücke Ixheim

Ratsmitglied Telöken (AfD) regt an als alternative Park-and-Ride-Fläche das Feld am Nagelwerk in Richtung Mittelbach auf der linken Seite zu nutzen.

Antwort:

Der Vorsitzende erklärt, dass dies nicht möglich sei, da es sich hierbei um ein Wasserschutzgebiet handle.

18. Sitzung des Stadtrates am 25.02.2026

Verteiler:

10.2.1

UBZ

60

I

11

40

32

Krebs

18. Sitzung des Stadtrates am 25.02.2026

Punkt 13: Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse (öffentlich)

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Es wurde einer Einstellung, einer Stellenübertragung sowie einer Beförderung zugestimmt.

18. Sitzung des Stadtrates am 25.02.2026

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 18:15 Uhr.

Der Vorsitzende

Die Schriftführer

Oberbürgermeister
Dr. Marold Wosnitza

Alessa Buchmann

Anna Weber